

Antrag auf Gewährung einer Finanzhilfe nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG)

An das

Ort, Datum

1. Antragsteller

<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> kreisfreie Stadt	<input type="checkbox"/> Landkreis
Name	Landkreis	Gemeindeschlüssel	
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)			
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer)			

2. Zusammenfassung der beantragten Maßnahmen

a) Gesamtinvestitionsrahmen (bzw. bei Folgeanträgen: noch zur Verfügung stehender Gesamtinvestitionsrahmen) Euro	Bildung Euro	InfrastrukturEuro
b) voraussichtl. Gesamtkosten aller beantragten Maßnahmen Euro Euro
c) beantragter Investitionsrahmen Euro Euro
davon Bundesmittel (75 %) Euro Euro
davon zu erbringender Eigenanteil am beantragten Investitionsrahmen (25 %) Euro Euro
d) Bei Maßnahmen von Kommunen ist die Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von 25 % sichergestellt: <u>wenn nein:</u> Die Finanzierung des Mindesteigenanteils der Kommune in Höhe von 5 % ist sichergestellt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
e) Bei Maßnahmen von freien Trägern ist die Finanzierung des Eigenanteils durch den / die freien Träger in Höhe von 5 % sichergestellt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
f) <u>Soweit die Gesamtkosten den Investitionsrahmen übersteigen:</u> Die Finanzierung des gesamten Eigenanteils ist sichergestellt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
g) <u>Soweit der beantragte Investitionsrahmen (c) den verfügbaren Gesamtinvestitionsrahmen (a) übersteigt:</u> Die Übertragungs- oder Austauschklärung ist beigefügt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

3. Erklärungen

(Die nachstehenden Erklärungen sind anzukreuzen und gelten mit der Unterschrift als abgegeben.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- | | |
|--|--------------------------|
| a) die beantragten Maßnahmen mit Artikel 104b des Grundgesetzes vereinbar sind. | <input type="checkbox"/> |
| b) das Kriterium der Zusätzlichkeit nach § 3a ZuInvG für alle beantragten Maßnahmen erfüllt ist. | <input type="checkbox"/> |
| c) eine Doppelförderung der beantragten Maßnahmen nach § 4 Abs. 1 ZuInvG nicht vorliegt. | <input type="checkbox"/> |
| d) die Maßnahme spätestens im Jahr 2010 begonnen und spätestens 2011 kassenwirksam abgeschlossen wird. | <input type="checkbox"/> |
| e) die längerfristige Nutzung nach § 4 Abs. 3 ZuInvG gewährleistet ist. | <input type="checkbox"/> |

Unterschrift
(Landrat / Oberbürgermeister / Bürgermeister)

Dienstsiegel

4. Anlagen

Dem Finanzhilfeantrag sind beigefügt (zutreffendes ist anzukreuzen)

- | | |
|--|--------------------------|
| a) Datenblätter zu den Einzelmaßnahmen (Anzahl:) | <input type="checkbox"/> |
| b) Beschluss des Gemeinderats / Stadtrats / Kreistages bzw. eines Ausschusses über die beantragten Maßnahmen | <input type="checkbox"/> |
| c) Übertragungserklärung bzw. Austauschklärung | <input type="checkbox"/> |
| d) Antrag auf Bedarfszuweisung | <input type="checkbox"/> |
| e) Nachweis des freien Trägers über die Sicherstellung des 5 %igen Eigenanteils | <input type="checkbox"/> |
| f) Aussagefähige Unterlagen zur Beurteilung der Kreditaufnahmefähigkeit | <input type="checkbox"/> |

1. Förderbereich Investitionen mit Schwerpunkt Bildung (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1 ZulnvG)

a) Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur

b) Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung)

c) Hochschulen (insbesondere energetische Sanierung) entfällt

d) kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung (insbesondere energetische Sanierung)

e) Forschung entfällt

2. Förderbereich Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Ziffer 2 ZulnvG)

a) Krankenhäuser entfällt

b) Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV)

c) ländliche Infrastruktur (ohne Abwasser und ÖPNV)

d) kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen)

e) Informationstechnologie

e) sonstige Infrastrukturmaßnahmen

3. Bezeichnung der Maßnahme und Kurzbeschreibung (Anhand der Kurzbeschreibung muss erkennbar sein, welchem Förderbereich die Maßnahme zuzuordnen ist und dass die Maßnahme mit Art. 104 b GG vereinbar ist.)

4. Geplanter Beginn der Maßnahme (Monat/Jahr):

5. Sofern ein freier Träger Maßnahmeträger ist

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)

Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer)

6. Von der Maßnahme betroffene Einrichtungen

a) Anzahl der von der Maßnahme betroffenen Einrichtungen:

b) Art der Einrichtungen/Objekte:

c) **Nur für Landkreise!** Sofern Maßnahme nur Name der Gemeinde/Stadt: Gemeindegeschlüssel:
in einer kreisangehörigen Gemeinde
 durchgeführt wird:

7. Finanzierungsplan

a) Voraussichtliche Gesamtkosten der Maßnahme: Euro

b) in Anspruch genommener Investitionsrahmen für die Maßnahme: Euro

c)	Gesamtkosten der Maßnahme	voraussichtlicher Mittelbedarf in den Jahren:		
		2009	2010	2011
.....EuroEuroEuroEuroEuro
d) davon				
Bundsmittel (75 %)EuroEuroEuroEuro
Landesmittel für Maßnahmen freier TrägerEuroEuroEuroEuro
BedarfszuweisungenEuroEuroEuroEuro
Eigenanteil (mindestens 5 % des Investitionsvolumens)EuroEuroEuroEuro
e) Finanzierung der Eigenanteile der Kommunen erfolgt aus				
- KreditenEuroEuroEuroEuro
- RücklagenEuroEuroEuroEuro
- sonstige EigenmittelEuroEuroEuroEuro